

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Kurt Vogelsang MdB zieht eine Bilanz der Bildungspolitik nach der Wende: Lage verschlechtert.

Seite 1

Heinz-Oskar Vetter MdEP analysiert die Lage in der Türkei, wo am 12. September vor sechs Jahren die Militärs geputscht hatten: Von Demokratie kann keine Rede sein.

Seite 3

Dr. Anke Martiny MdB schildert ihre vergeblichen Bemühungen, vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit eine verbraucherrelevante Auskunft zu bekommen: Wein in der Tüte...

Seite 4

Rezension:

Dr. Karsten Schröder bespricht Günter Verheugens Buch „Apartheid und die deutschen Interessen am Kap“.

Seite 5

41. Jahrgang / 173

11. September 1986

Negative Bilanz der Bildungspolitik

Die Wende verschlechterte die Lage der Auszubildenden, Schüler und Studenten

Von Kurt Vogelsang MdB

Die Bundesregierung hat der Wende in der Bildungspolitik erklärtermaßen eine besondere Bedeutung zugemessen. Die Bilanz dieser Politik liest sich bei Lichte betrachtet folgendermaßen.

1. Berufsbildungspolitik: Schlechtere Chancen für die Jugend

1. In den letzten drei Jahren ist die Zahl derjenigen Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz erhalten haben, immer größer geworden. Wie dem Berufsbildungsbericht in den entsprechenden Jahren zu entnehmen ist, stieg sie von 1983 77.200 über 1984 94.500 auf 1985 96.000. In diesen Zahlen sind die Mädchen und Jungen enthalten, die in eine schulische Ausbildung gegangen sind und ihren Vermittlungswunsch nach einer Ausbildungsstelle im dualen System aufrechterhalten haben. Das waren 1983 29.800, 1984 36.100 und 1985 39.600. Eine kurzfristige Verbesserung der Ausbildungssituation ist nicht erkennbar.

2. Immer mehr Jugendliche finden nach ihrer Berufsausbildung in den Betrieben und in staatlichen Ausbildungsprogrammen von Bund und Ländern keine Beschäftigung. 1982 fanden 8,7 Prozent direkt nach Abschluß der Lehre keinen Arbeitsplatz, 1984 waren es bereits 14,5 Prozent.

3. Im Rahmen der sogenannten Benachteiligtenprogramme werden 1986 23.500 Jugendliche gefördert. 16.500 werden in überbetrieblichen Einrichtungen ausgebildet, rund 7.000 werden durch ausbildungsbegleitende Hilfen während einer betrieblichen Berufsausbildung unterstützt. Bisher hat die Bundesregierung das Benachteiligtenprogramm nicht über den 31. Dezember 1989 hinaus abgesichert.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos
aus dem Recycling-Papier



II. Hochschulpolitik: Ungerechte Ausbildungsförderung und unnötige Organisationsänderungen

1. Die Bundesregierung hat mit ihrer Ausbildungsförderungspolitik dazu beigetragen, daß sich die soziale Lage vieler Schüler, Studenten und Graduierten verschlechtert hat. Das Schüler-BAFöG ist ersatzlos gestrichen worden. Allein diese Kürzung macht 600 Millionen DM pro Jahr aus. Trotz eines Bundestagsbeschlusses im Dezember 1982 erfolgte bis heute keine bundeseinheitliche Regelung.

Die Studentenförderung wurde auf Vollarlehen umgestellt. Nach Mitteilung der Bundesregierung sank die Gefördertenquote von 1982 41,8 Prozent auf 1984 33,6 Prozent.

Für das Graduiertenförderungsgesetz des Bundes ist keine gesetzliche Nachfolgeregelung getroffen worden. Damit sind die Chancen des wissenschaftlichen Nachwuchses weiter geschmälert worden.

2. Die Politik der Bundesregierung geht an den wirklichen Problemen der Hochschulen vorbei. Mit der dritten Novelle des Hochschulrahmengesetzes werden den Hochschulen in einer sogenannten Überlastphase wenig hilfreiche Organisationsänderungen zugemutet. Die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes führt zu Änderungen in der Personalstruktur der Lehrenden und im Binnenverhältnis der Gruppen. Das Gesetz über befristete Arbeitsverträge mit wissenschaftlichem Personal an Hochschulen und Forschungseinrichtungen schafft keine neuen Arbeitsplätze, es macht die vorhandenen unsicherer.

Das neue Hochschulrahmengesetz verdeutlicht, daß die Bundesregierung an einer Studienreform kein Interesse hat. Die Novelle versäumt es, alle Länder darauf zu verpflichten, die verfaßte Studentenschaft einzuführen. Es fehlen konkrete Maßnahmen zur Beseitigung der Nachteile von Frauen im Hochschulbereich. In der Forschungsförderung klaffen Anspruch und Wirklichkeit auseinander. Die Bundesmittel sind hier nicht in ausreichendem Maße erhöht worden.

Initiativen zur Bekämpfung der Akademikerarbeitslosigkeit sind unterblieben. Trotz der steigenden Bedeutung der beruflichen Weiterbildung ist diese von der Bundesregierung vernachlässigt worden. Erst seit Anfang 1986 beschäftigt sich die BLK mit der Erarbeitung eines Arbeitsprogramms zu Strukturfragen der beruflichen Weiterbildung. Die bestehenden Finanzierungsregelungen im Arbeitsförderungsgesetz (zum Beispiel die Höhe des Unterhaltsgeldes, der Kreis der Unterhaltsberechtigten, die Erstattung der Kosten für Kinderbetreuung) sind unzureichend.

III. Bildungsplanung: Ein Auslaufmodell?

Teilweise werden bisher bewährte Instrumente der Bildungsplanung gar nicht mehr oder nicht mehr ausreichend genutzt.

Unliebsame öffentliche Träger sollen aus der Förderung der allgemeinen Weiterbildung herausgedrängt werden. Aus heute noch wichtigen Förderbereichen wie zum Beispiel dem Elementarbereich und dem Bereich der Ausländerkinder versucht man sich zurückzuziehen.

Zu alledem paßt, daß im kommenden Haushaltsjahr der Etat für Bildung und Wissenschaft um 2,5 Prozent schrumpfen soll, während alle anderen Bundesressorts im Durchschnitt 2,9 Prozent zulegen. Zusammen mit den internen Verschiebungen im Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft, die zum Beispiel die Förderung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten und das Ausbildungsplatzsonderprogramm beeinträchtigen, ergibt sich damit für die Bildungspolitik der Bundesregierung eine negative Bilanz. (-/11.9.1986/vo-he/rs)

* * *



Von demokratischen Verhältnissen kann keine Rede sein

Zur Situation in der Türkei, wo am 12. September vor sechs Jahren die Militärs geputscht hatten

Von Heinz Oskar Vetter MdEP

In der Türkei wird weiterhin gegen Menschen- und Gewerkschaftsrechte verstoßen. Vor einer Normalisierung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Beziehungen müssen die europäischen Institutionen und die Regierungen Westeuropas den formellen und praktischen Beweis erhalten, daß die Türkei den Weg zur Demokratie eingeschlagen hat.

Auch wenn seit 1985 angeblich kein Todesurteil mehr vollstreckt worden sein soll, und Folter nicht mehr systematisch angewandt werden soll, kann von demokratischen Verhältnissen in der Türkei keine Rede sein.

- Nach seriösen Schätzungen sind immer noch 30.000 Menschen aus politischen Gründen inhaftiert. Und die Massenprozesse vor Militärgerichten sind noch nicht zu Ende.
- 78 führende Disk-Gewerkschafter, denen die Todesstrafe drohte und 1.474 Disk-Mitglieder müssen mit langjährigen Haftstrafen rechnen, obwohl die Regierung nicht in der Lage ist, illegale oder antidemokratische Aktivitäten zu beweisen.
- Freie gewerkschaftliche und politische Tätigkeit ist nicht möglich.
- Es kommt immer wieder zu brutalen Übergriffen der Sicherheitspolizei.

Besonders verwerflich ist die Bombardierung kurdischer Dörfer im Irak durch die türkische Luftwaffe, bei der über 100 Zivilisten getötet wurden.

Für Sozialdemokraten ist eine Voraussetzung für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der EG und der Türkei, daß die Massenprozesse vor Militärgerichten gegenüber zivilen Bürgern ein Ende finden. Gleichzeitig muß die volle Gewerkschaftsfreiheit nach den Normen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die von der Türkei ratifiziert worden sind, wiederhergestellt werden.

(-/11.9.1986/vo-ha/rs)

* * *

Wein aus der Tüte...

oder: Vorletzter Versuch, eine Information aus dem Gesundheitsministerium zu bekommen

Von Dr. Anke Martiny MdB
Sprecherin für Verbraucherpolitik des SPD-Parteivorstandes

Seit über zweieinhalb Jahren bleibt die Bundesregierung die Antwort auf eine vergleichsweise unspektakuläre Anfrage schuldig: ob nämlich Kartonverpackungen von Wein, die schon vielerorts üblich sind, nicht vielleicht doch (entgegen der novellierten Kennzeichnungsrichtlinie, die Weine ausdrücklich ausnimmt) ein Mindesthaltbarkeitsdatum ausweisen müßten. Schließlich ist doch sehr die Frage, wie Wein sich in Plastik und Karton hält und ob bei längerer Lagerung Wein und Verpackung zum Beispiel eine wenig appetitliche Verbindung eingehen können.

Im Januar 1984 also eine Anfrage an das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit. Antwort: Zur Zeit werde noch geprüft, und auf jeden Fall werde man tätig, wenn sich zeigen sollte, daß die Vermutung stimmt, daß sich solche Weine nur etwa drei Monate einwandfrei halten.

Im November 1984 erneuter Vorstoß an die Parlamentarische Staatssekretärin Karwatzki, was denn die Überprüfungen ergeben hätten. Antwort: Man gehe davon aus, daß die Langzeit-Lagerversuche, die bis in den April 1985 laufen würden, verwertbare Ergebnisse vermitteln würden. Dann informiere man.

Nachfrage im Juni 1986 - nein, Ergebnisse liegen immer noch nicht vor.

Erneute Nachfrage November 1985. Die Parlamentarische Staatssekretärin braucht einen ganzen Monat, um mitzuteilen, daß die zuständige Landesbehörde trotz mehrfacher Aufforderung bisher nicht die Ergebnisse der Lagerversuche übermittelt habe. Sie bedaure...

Rekapitulieren wir: Seit Januar 1984 hatten wir: Glykol-Skandal und Methanol-Skandal bei Wein, Flüssigel-Skandal, beiläufig erwähnt sei noch Tschernobyl. Und wie im großen - so im kleinen: Beim Thema „Gesundheit und Verbraucherschutz“ herrscht bei dieser Bundesregierung weitgehend Funkstille - das einzige Geräusch ist das Wiehern des Amtsschimmels. Warten wir also auf den Tag, wo Alarm geschlagen wird, daß nämlich nach einiger Zeit die Weichmacher der Plastikfolie im Verpackungskarton mit der Gerbsäure des darin abgefüllten Tafelrotweins zum Beispiel krebs-erzeugende Verbindungen eingehen können.

Die Bundesregierung wird wieder einmal von nichts gewußt haben, und vor lauter Prüfen, Erinnern und Briefe-Bearbeiten wird sie wieder einmal vergessen haben, wozu sie unter anderem da ist: gesundheitliche Vorsorge zu treffen und dafür zu sorgen, daß zum Beispiel Weintrinker, deren Portemonnaies für die Auslese in der Flasche nicht jederzeit dick genug sind, auch beim billigen Tafelwein aus der Kartonverpackung einwandfrei ablesen können, wie lange der Wein so schon liegt.

(-/11.9.1986/vo-he/rs)



REZENSION

Der Augenblick der Wahrheit

Günter Verheugen: Apartheid. Südafrika und die deutschen Interessen am Kap. Mit einem Vorwort von Bischof Tutu. Kiepenheuer - Witsch, Köln, 1986, 280 Seiten, DM 18,80.

Blauäugige und zynische Verharmloser der südafrikanischen Rassenpolitik, die sich hierzulande in diversen Medien tummeln und bis in die Reihe christlich etikettierter Politiker anzutreffen sind, werden bald einen schweren Stand haben. Diese Kreise werden in Argumentationsnotstand geraten, wenn die Publikation von Günter Verheugen über „Apartheid. Südafrika und die deutschen Interessen am Kap“, die am Donnerstag in Anwesenheit von Willy Brandt in Bonn der Presse vorgestellt wird, die Breitenwirkung erzielt, die das Thema verdient.

Durch Tolerierung ist die Bundesrepublik mitverantwortlich am südafrikanischen Unrechtssystem und seit geraumer Zeit auch noch Bremser einer wirksamen internationalen Anti-Apartheid-Politik. Und das nicht ohne Grund: durch rücksichtslose Wahrnehmung wirtschaftspolitischer Interessen ist es deutschen Unternehmen und Banken in Südafrika nicht schlecht ergangen. Regierungs- und Wirtschaftskreise haben seit je, mitunter erfolgreich versucht, einer langsam wachsenden kritischen Öffentlichkeit ihr Engagement als hilfreich zur Überwindung der Apartheid darzustellen. Das sind billige Taschenspielertricks!

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Verheugen nimmt in 22 materialreichen Kapiteln den gern gepflegten Mythos auseinander, wir Deutschen hätten mit der Apartheid nichts zu tun. Das Gegenteil ist leider der Fall. Im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit weist Verheugen eindeutig nach, wie durch deutsche Firmen und besonders Banken das weiße Buren-Regime gestützt wird. Die Schaffung von Arbeitsplätzen für Schwarze blieb allen vollmundigen Beteuerungen zum Trotz auf der Strecke: „Seit Jahren nimmt die deutsche Wirtschaft in Südafrika nur noch Rationalisierungsinvestitionen vor.“ Der Verlust schwarzer Arbeitsplätze ist die Folge.

Auch die Handelsbeziehungen, so Verheugens Analyse, befinden sich in „einer rasanten Talfahrt“. Südafrika ist schon lange nicht mehr der wichtigste Handelspartner in Afrika. Eine Abhängigkeit besteht dagegen eher auf südafrikanischer Seite. Wie ein Kriminalroman liest sich das Kapitel über die militärische Zusammenarbeit. Waffenboykott wird einfallsreich umgangen und zuständige Ministerien liefern zudem noch abenteuerliche Begründungen, nichts dagegen unternehmen zu können. Eine maßlose Überschätzung ist auch die von vielen selbsternannten Geopolitik-„Experten“ beschworene strategische Bedeutung Südafrikas. So hält denn auch keines der gebetsmühlenartig vorgetragenen Argumente einer rationalen Prüfung stand. „Wenn der Westen die Kap-Route für wirklich bedroht halten würde, dann würde er diese Bedrohung nicht so drittrangig behandeln, wie

es in der Praxis geschieht. Und Südafrika würde seine Marine nicht weitgehend abgewrackt haben.“ Auch die Bedeutung Südafrikas als Rohstofflieferant unterliegt einer Fehleinschätzung. Hier liegt für Verheugen eine „Hysterie ohne Grund“ vor. „Die Abhängigkeit von südafrikanischen Rohstoffen wird herbeigeschrieben und herbeigeredet, teilweise auch bewußt realisiert.“

Ein in verschiedenen Szenarien beschriebener Ausfall einiger weniger Rohstoffe würde lediglich zu „Übergangsproblemen“ führen. Denn es wird vielfach nicht berücksichtigt, „daß viele Rohstoffe sich gegenseitig ersetzen können. Und schließlich wird nicht berücksichtigt, daß eine Verknappung durch den Ausfall südafrikanischer Lieferungen zu neuen Explorationen und zum Aufschluß bisher nicht abbauwürdiger Vorkommen führen würde. Mit einfachen Worten: Südafrikas Rohstoffe rechtfertigen die Tolerierung der Apartheid nicht - rein ökonomisch betrachtet. Ethisch ist diese Haltung noch nie diskutabel gewesen“.

„Ein spätes Erwachen“ registriert Verheugen bei den Parteien und Bundesregierungen bis heute. Die gegenwärtige konservative Regierung hat da so ihre Schwierigkeiten, die Koalition noch keine Handlungsfähigkeit gegenüber dem Rassen-Regime gefunden. Eine internationale Isolierung der Bundesrepublik zeichnet sich immer deutlicher ab. „Der Augenblick der Wahrheit“ ist deshalb gekommen und am Verhalten der Bundesrepublik gegenüber der Forderung nach Sanktionen wird sich zeigen, ob das Botha-Regime weiter auf Bonner Hilfe zählen darf. Bislang konnte die Bonner Regierung den Vorwurf der Komplizenschaft nicht entkräften.

Verheugens Fazit: „Wir Deutsche haben den weißen Südafrikanern jahrzehntelang geholfen, das Apartheid-System immer weiter auszubauen und zu festigen. Wir haben auch selber Vorteil gezogen aus der Unterdrückung und Ausbeutung in Südafrika. Die Bestandsaufnahme der deutsch-südafrikanischen Kooperation über die Jahre hinweg ist moralisch vernichtend. Diese Zusammenarbeit kann deshalb auch außenpolitisch nicht gerechtfertigt sein.“

Dr. Karsten Schröder

(-/11.9.1986/va/rs)

* * *

